



Pressemitteilung

3. Juli 2024

Verzögerungen bei Beratungen zum Bundeshaushalt 2025

BVMB fordert unverzüglich belastbaren Haushaltsentwurf

In dieser Woche wollte Bundesfinanzminister Lindner den Haushaltsentwurf ins Kabinett einbringen. Hat die sich auftuende Finanzierungslücke im Umfang von 25 Milliarden Euro die Konsensfähigkeit der Ampel womöglich überstrapaziert? Michael Gilka, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e. V., meint: „Die Unkenrufe zur Aussetzung der Schuldenbremse sollten verhallen, wenn die Regierung jetzt konzentriert arbeitet und endlich – wie angekündigt – einen Entwurf vorlegt, der der infrastrukturellen Realität Rechnung trägt. Verzögerungen dieser Art verunsichern die Wirtschaft und führen zu Vergabestopps mangels Finanzierungszusage und verhindern dringend notwendige Planungsverfahren.“ Die Infrastruktur in Deutschland hat schlichtweg nicht die Substanz, auf die Befindlichkeiten innerhalb der Ampel Rücksicht zu nehmen, so Gilka weiter. Aus diesem Grund unterstützen wir den gemeinsamen Weckruf führender Wirtschafts-, Verkehrs- und Logistikverbände zum Bundeshaushalt 2025, der die Bundesregierung auffordert, Investitionsentscheidungen ernst zu nehmen und nicht weiter aufzuschieben oder zu verschleppen.

Weckruf der Verbände zum Bundeshaushalt 2025: Bundeshaushalt 2025 muss der verkehrlichen Realität standhalten

Mit großer Sorge blicken die Wirtschafts-, Verkehrs- und Logistikverbände auf den Bundeshaushalt 2025. Die immer deutlicher werdenden Kürzungsabsichten der Bundesregierung bei den Verkehrsinvestitionen stehen im krassen Widerspruch zur verkehrlichen Realität: Brücken, Schleusen und Verkehrswege sind in einem kritischen Zustand, Netzlücken müssen dringend geschlossen werden, der Digitalisierungsbedarf bei den Verkehrsträgern ist immens, der Ausbau- und Modernisierungspakt für den Nahverkehr ist immer noch nicht realisiert. Auf der anderen Seite steht der Anspruch der Bundesregierung, die Verkehrsinfrastruktur klimaresilient, leistungsfähig und damit zukunftsfähig aufzustellen, so wie es die Daseinsvorsorge für unsere Wirtschaft und Gesellschaft erfordert. Anspruch und Wirklichkeit passen hier nicht zusammen.

Die Bedarfe der einzelnen Verkehrsträger für Erhaltung, Aus- und Neubau sind bekannt und allgemein anerkannt. Es kommt jetzt darauf an, die Investitionslinien im Bundeshaushalt 2025 wieder auf das ursprünglich geplante, dringend notwendige Niveau anzuheben und dieses auch in den Folgejahren fortzuschreiben.

Notwendige Maßnahmen dafür sind:

1. Weiterführung der Budgets für die Erhaltung der Verkehrswege auf dem Niveau von 2024 zuzüglich der anzusetzenden Baukostensteigerungen.
2. Weiterführung des Investitionshochlaufs der Verkehrsträger, so wie er im Regierungsentwurf vom Herbst 2023 für den Bundeshaushalt 2024 ursprünglich geplant war, zuzüglich Inflationsausgleich.
3. Ausbau der für die Transformation notwendigen Infrastruktur, so wie im Herbstentwurf 2023 für den Klima- und Transformationsfonds im Jahr 2024 ursprünglich vorgesehen, zuzüglich Inflationsausgleich.
4. Hochlauf der Digitalisierung der Verkehrsträger als Basis für mehr Effizienz und Leistung.
5. Planungssicherheit durch ausreichende Verpflichtungsermächtigungen und Finanzierungsvereinbarungen, langfristig durch Entkoppelung der Investitionen von der Kameralistik über neue Finanzierungsstrukturen.

Wir appellieren an die Bundesregierung, ihre Verantwortung ernst zu nehmen und die Investitionsentscheidungen nicht weiter zu verschleppen, sondern die Investitionslücke zu schließen, solange dies noch möglich ist.

Beteiligte Verbände: ADAC e.V., Allgemeiner Deutscher Automobil-Club; Bundesverband Möbelspe-dition und Logistik (AMÖ) e.V.; Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt e.V. (BDB); Bundes-verband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) e.V; Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) e.V.; Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V.; Bundesverband Öffentli-cher Binnenhäfen e.V. (BÖB); Bundesverband Paket- und Expresslogistik (BPEX); Bundesvereinigung Logistik (BVL) e.V.; Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB); BWVL BUNDESVERBAND FÜR EIGENLOGISTIK & VERLADER e.V. ; DSLV Bundesverband Spedition und Logistik e.V.; Deutsches Verkehrsforum e.V. (DVF); Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.; Mofair e.V.; Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.; Verein für europäische Binnenschifffahrt und Wasserstraßen e.V. (VBW); Verband der Bahnindustrie in Deutschland (VDB) e.V.; Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV); Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V. (ZDK); ZDS Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe e.V.

RA Dirk Stauf

Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V.
Königswinterer Straße 329
53227 Bonn
Tel.: 0228 91185-16
E-Mail: stauf@bvmb.de

BVMB

Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch unabhängiger Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie über Auftragsnehmern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleineren und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.